

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir verabschieden seit länger Zeit wieder einen Doppelhaushalt für die Stadt Ludwigshafen. Je tiefer man in den doppischen Doppelhaushalt einsteigt, desto mehr wächst der Respekt vor denen, die diesen Haushalt erarbeitet haben. Daher von uns herzlichen Dank an die Kämmerei.

Manche von uns werden sich gefreut haben, dass wir nächstes Jahr um diese Zeit keine Haushaltsdiskussion führen werden. Einen Wunsch verbinde ich damit schon, nämlich, dass uns der Doppelhaushalt die Chance gibt, zu anderen Zeitabläufen bei den dann folgenden Haushalten zurückzukehren. Es ist schließlich kein Naturgesetz, dass wir erst zu Frühlingsanfang über den Haushalt des laufenden Jahres beschließen und erst zum Sommer hin auf der Basis eines von der ADD genehmigten Haushalts gehandelt werden kann.

Zwei Jahre sind in diesen Zeiten eine lange Planperiode. Es ist jetzt schon absehbar, dass für 2014 kräftig nachjustiert werden muss. Die makroökonomischen Daten werden sich ändern, die Chemiekonjunktur im speziellen ist auf zwei Jahre kaum prognostizierbar. Das Zinsniveau für 2014 können wir nicht kennen. Eine Bundestagswahl steht ins Haus, die hoffentlich auch für die Kommunen positive Auswirkungen haben wird.

Dazu kommt, dass wichtige Förderprogramme nach jetziger Kenntnis Ende 2013 auslaufen - Bildungs- und Teilhabepaket zum Beispiel, und damit verknüpft die Mehrzahl der Schulsozialarbeiterstellen in unserer Stadt. Auch in Europa beginnt 2014 eine neue Förderperiode - mit vielen Unbekannten, was die daraus resultierenden Chancen für Ludwigshafen betrifft.

Wir bewegen uns vom Bestjahr 2012 - was die Steuereinnahmen betrifft - hin zu zwei nicht wirklich schlechten Jahren 2013 und 2014. Dass der Kämmerer bei den Gewerbesteuererinnahmen vorsichtig ansetzt und mit einem Rückgang rechnet, tragen wir mit. 2013 und 2014 wird deutlich: Eine strukturelle Lücke von 50 bis 60 Millionen Euro bleibt die Herausforderung unserer Politik. Der Landkreis Neuwied hat gegen den kommunalen Finanzausgleich geklagt; wir kennen das Urteil des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichts. Die Landesregierung ist dabei, den kommunalen Finanzausgleich neu zu regeln. Das wird 2014 auch Ludwigshafen helfen, eine halbe Milliarde umverteilter Finanzmasse auf Landesebene sind kein Pappentier. Auch das wird sich in einem Nachtrag niederschlagen.

Auf Bundesebene kann man zur Zeit nur Hoffnungen hegen, aber unserer kommunalen Ebene hat das Landesverfassungsgericht eine klare Aufgabe zugewiesen: Nämlich bei den kommunalen Einnahmen eigene Steuerungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Und das ist für uns ein wichtiger Punkt. Bei der Grundsteuer B, die viele Tausende Eigentümer belastet, sind wir auf einem Niveau mit den rheinland-pfälzischen Oberzentren; eher sogar Spitze. Beim Gewerbesteuerhebesatz sind wir weiterhin das Schlusslicht.

Wir glauben, dass Ludwigshafen damit nicht durchkommt. Wir glauben, dass eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes unumgänglich ist. Einige von Ihnen haben vielleicht vermutet, dass wir Grüne Sie mit diesem Thema in Ruhe lassen. Aber wir sind überzeugt, das geht nicht. Wie wollen wir unser größtes Infrastrukturvorhaben Hochstraße Nord verwirklichen - das natürlich gerade auch für die Wirtschaft unserer Einpendlerstadt von Bedeutung ist - wenn wir nicht an die Gewerbesteuer gehen? Das muss uns erst mal jemand erklären.

Wenn ich jetzt von der Hochstraße rede, dann weiß ich, dass die nicht in den nächsten zwei Jahren gebaut wird. Aber das ist der Punkt: Wir müssen jetzt Weichen stellen, damit dieses ein Jahrzehnt beanspruchende Großprojekt die Infrastruktur unserer Stadt nicht überstrapaziert. Und das heißt für uns Grüne: Wir brauchen die Projekte Rhein-Haardt-Bahn, Linie 10, Posttunnel und Buslinienoptimierung so schnell wie möglich. Wir brauchen unseren öffentlichen Nahverkehr als Entlastung für eine lange Baustellenperiode. Was wir definitiv nicht brauchen, ist, dass dem ÖPNV in LU weitere Fahrgäste frustriert den Rücken kehren und im Stau landen. Die Frage der Priorisierung stellt sich nicht, wenn wir Gefahr laufen, dass Straßenbahnstrecken nicht mehr befahren werden können.

Wir brauchen die S-Bahnhalte in Mundenheim und Rheingönheim, wir brauchen einen fahrgastfreundlichen Bahnhof Oggersheim. Auch auf den Fahrradbeauftragten in der Verwaltung können wir nicht verzichten, zumindest nicht auf ein spürbares Engagement für die Fahrradbenutzer in der Stadt. Die Radbenutzung in Ludwigshafen muss attraktiv sein, und wenn das Fahrradklima in unserer Stadt von den Bürgerinnen und Bürgern immer schlechter wahrgenommen wird, dann gibt es Handlungsbedarf.

Ludwigshafen ist dabei, seinen guten Ruf als Stadt mit guter sozialer Infrastruktur zu verlieren. Es ist verständlich, bei den hohen sozialen Lasten ins Jammern zu geraten, nach dem Motto: warum kommen - wahlweise - Suchtkranke, Behinderte, Flüchtlinge, Binnenwanderer aus Südosteuropa ausgerechnet zu uns? Aber die Frage ist falsch gestellt. Es kommen Menschen zu uns, weil wir eine eigentlich prosperierende Großstadt in einem freien Land sind. Die schätzen Ludwigshafen aus den gleichen Gründen wie wir. Und sie verhelfen uns zu einer ausgeglichenen Bevölkerungsbilanz. Wenn mal niemand mehr kommt, haben wir ein Problem. Das müssen wir deutlich machen.

Wir beantragen daher, für die Gruppen der Flüchtlinge und - davon unterschieden - für die Zuwanderer aus Südosteuropa jeweils eine spezialisierte Integrationsberatung und -unterstützung zu schaffen. Die Stadt Mannheim hat gerade in einem ersten Durchgang Integrationsprojekte für die Menschen aus Rumänien und Bulgarien gefördert. Das ist auch der sinnvollste Weg, rassistischen und ausgrenzenden Anfeindungen zu begegnen. Über die Anwesenheit von ein paar Tausend Menschen in unserer Stadt schweigend hinwegzugehen, ist unserer Meinung nach nicht erfolgversprechend.

Ludwigshafen hat in der zweiten Hälfte des letzten Jahres einen unverhofften Aufschwung der Schulsozialarbeit erlebt. Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gibt es nun auch in Grundschulen und – man höre und staune – in Gymnasien, und siehe da, es erweist sich als gut und sinnvoll und richtig, so wie das Fachleute schon lange gesagt haben. Wenn das Bildungs- und Teilhabepaket einen guten Effekt gehabt hat, dann diesen. Für das kräftig aufgestockte Team Schulsozialarbeit der Stadt ist die Perspektive aber eine unklare. Ende 2013 könnten die neuen Stellen gleich wieder wegfallen und das vielgelobte, wichtige Projekt KÜM gleich mit. Das wollen wir nicht, und wir sind der Meinung: Wenn wir hier einen Doppelhaushalt diskutieren, dann muss diese Frage auch auf den Tisch. Unsere Haltung dazu ist: Die Mittel zur Fortsetzung dieser wichtigen Arbeit werden nicht vom Himmel regnen, aber mit einem bescheidenen städtischen Grundstock für 2014 sind die Aussichten größer, dass die vielen anderen Akteure in diesem Bereich sich mit an den Tisch setzen, um uns möglichst viel Schulsozialarbeit und KÜM zu erhalten.

Gute Spielplätze und Parks gehören quasi zum kulturellen Erbe von Ludwigshafen. Nur dass es hier nicht ums Bewahren geht, sondern darum, Einrichtungen für die Kinder und Eltern der heutigen Zeit attraktiv zu halten. Der Wildpark hat das vorbildlich geschafft. Um seinen naturpädagogischen Standard auszubauen, halten wir eine Zuwendung aus dem Kernhaushalt für notwendig. Bei Ludwigshafens Spielplätzen beobachten wir einen ständigen Niedergang. Was noch da ist, ist gewartet und geprüft, da sind wir uns sicher. Wenn wir einen Anschub für ein Spielplatzprogramm fordern, dann nicht, weil wir an der Kompetenz und dem Engagement der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zweifeln, sondern weil die Einrichtungen veralten und den Ansprüchen heutiger Eltern und Kinder in vielen Fällen nicht mehr genügen. Wenn man in fiskalisch wohlhabenden Städten zu Gast ist, dann kommen einem die Tränen, wenn man sieht, was Kindern heutzutage auch angeboten werden kann. Das können wir nicht leisten, aber ein Mindestmaß an Zukunftskonzeption und Investition brauchen wir, um nicht völlig den Anschluss zu verlieren.

Der hack-museumsgarten ist ein von Vielen so nicht erwarteter Erfolg der Innenstadtentwicklung. Quasi durchs Hintertürchen, als Kunstprojekt, kam der interkulturelle Garten, den wir vorgeschlagen und den die Mehrheit hier kurz vorher noch abgelehnt hat, in unsere Stadt. Dem Team des Hackmuseums ist dafür zu danken, und natürlich den vielen Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt, die den hackgarten in ihr Herz geschlossen haben und auf dem vorher öden Klüberplatz ein grünes Begegnungszentrum gestaltet haben. Der Findigkeit des Museumsteams ist es auch zu verdanken, dass das urban gardening Projekt 2013 seine Fortsetzung findet. Wir wollen den Garten 2014 nicht missen, und viele Andere auch nicht. Deshalb beantragen wir hier einen Sockelbetrag für die Projektbetreuung 2014. Die Diskussion, wie wir nicht nur den von Allen geliebten hackgarten erhalten, sondern es auch organisieren, dass andere schlecht genutzte Ecken der Innenstadt zu grünen Oasen umgenutzt werden, sollte bald beginnen.

Die Stadt Ludwigshafen kann nun wirklich nichts für die Massaria-Krankheit, die unsere Platanen befällt, oder die Miniermotte, die Kastanien schädigt. Damit

niemand verletzt wird, müssen kranke Bäume zurückgeschnitten oder gar gefällt werden. Soweit alles klar. Wir sollten uns aber auch einig sein, dass wir den Verlust an Bäumen im Stadtbild möglichst klein halten sollten. Ausreichend viele Nachpflanzungen sind nötig. Da haben wir unsere Zweifel, ob das mit der geplanten Haushaltsausstattung geleistet werden kann und wird. Leere Baumscheiben, tote Baumstümpfe und Ersatzpflanzungen, die auf die lange Bank geschoben werden, sind kein Schönheitsfehler, sondern ein nachhaltiger, also lange nachwirkender Verlust fürs Stadtklima. Deshalb wollen wir an dieser Stelle etwas nachlegen.

Umwelt- und Klimaprojekte haben immer eine soziale und eine wirtschaftliche Komponente. Der Ökologische Mietspiegel ist eine Maßnahme im Klimakonzept der Stadt Ludwigshafen. Wir halten diese Maßnahme für vordringlich, und dies aus sozialen, wirtschaftlichen und klimapolitischen Gründen. Wenn der Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen ausdifferenziert und mit Informationen über den Energieeffizienzstandard der Wohnungen angereichert wird, dann ist das sozial, weil die sogenannte „zweite Miete“, also vor allem Heiz- und Energiekosten, in den Blick gerät. Wir werden im Sozialausschuss ja bald die Debatte über den sozialen Wohnungsbau in Ludwigshafen beginnen; dazu gehört auch die Frage, welche Erst- und Zweitmiete sich Geringverdienende leisten können und Leistungsempfänger leisten dürfen. Dieses System wollen wir gerechter gestalten. Es ist wirtschaftlich, weil es für Vermieter Modernisierungs- und Sanierungsanreize schafft, und es ist ein klimapolitisches Signal, das ist klar, deshalb steht es ja auch in unserem Klimakonzept. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, einen ökologischen Mietspiegel zu erarbeiten. Die Einstiegskosten sind höher als die Folgekosten. Wir schlagen vor, bei der nächsten Mietspiegelüberarbeitung 2014 einzusteigen. Einige Städte in der Region arbeiten schon damit; die kann man fragen.

Auch hinter unserer Forderung, Mittel für den Ersatz für Ölheizungen in städtischen Gebäuden einzustellen, stecken Umweltaspekte, aber eben auch soziale und wirtschaftliche Überlegungen. Die städtischen Heizölkosten, die im letzten Winter über 300.000 Euro betragen, konzentrieren sich stark auf einige wenige Gebäude mit relativ hohen Heizkosten. Hier anzupacken und schnell neue, ökologisch sinnvolle Heizsysteme einzubauen, rechnet sich relativ bald und ist daher nicht nur umweltpolitisch, sondern auch wirtschaftlich vernünftig.

Wir haben in unserem Änderungsantrag auch ein Budget für Bürgerbeteiligung, im Speziellen für einen Bürgerhaushalt eingestellt. Nicht viel, aber doch einen Grundstock dafür, der Stadt Ludwigshafen zu einem klaren, verbindlichen Konzept der Bürgerbeteiligung zu verhelfen. Bürgerforen wie gerade in Ruchheim und Bürgerumfragen reichen uns nicht; uns geht es um klare Rechte der Bürgerinnen und Bürger zur Mitgestaltung bei wichtigen Themen und Fragen der kommunalen Selbstverwaltung. Das ist heute keine besonders originelle und ungewöhnliche Forderung mehr. Schauen wir nach Heidelberg, dort wurden zu diesem Zweck Leitlinien der mitgestaltenden Bürgerbeteiligung beschlossen, oder nach Worms, wo die Bürgerinnen und Bürger bei der Haushaltsaufstellung mitdiskutieren. Das ist auch keine Schönwetteridee nach dem Motto: Wir haben kein Geld, bei uns gibt's nichts zu gestalten. So gesehen müssten wir für eine Generation Stillstand in Sachen

Bürgerbeteiligung verordnen, und das geht natürlich nicht. Ludwigshafen sollte da jetzt einsteigen und ausloten, welche Möglichkeiten sich mit wenig Geld zur Finanzierung der nötigen Prozesse bieten.

Ich habe Ihnen jetzt dargelegt, wo wir mit dem eingebrachten Entwurf eines Doppelhaushalts nicht zufrieden sind bzw. wo wir weitere Akzente setzen möchten, die uns wichtig sind. Nichts tun bedeutet in vielen Fällen Niedergang, und das müssen wir alle immer abwägen. Wir haben es uns nicht leicht gemacht mit unseren Forderungen. Was wir im Doppelhaushalt unterbringen möchten, ist unserer Meinung nach vernünftig, nachhaltig, stiftet letzten Endes sozialen und wirtschaftlichen Nutzen und ist deshalb vertretbar. Und die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 Punkte, die wir ebenfalls für nachhaltig wirtschaftlich vertretbar halten, ist in erster Linie ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Schließung der Lücke, die der Doppelhaushalt 2013/14 aufweist.

Unser Änderungsantrag ist für uns essentiell. Wenn Sie ihn mittragen, sind wir beim Doppelhaushalt mit Zustimmung mit dabei. Wenn Sie ihn ablehnen, können wir auch dem Doppelhaushalt nicht zustimmen.